

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 2,50 M., im voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenhand bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M., zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Im Abonnement kosten die achtwöchigen, unregelmäßig erscheinenden Sonderausgaben die achtwöchigen, unregelmäßig erscheinenden Sonderausgaben 2,50 M., netto. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 50 Pf., zuzüglich 30% Teuerungszuschlag. Stellungsliste, Familien- u. Organisationsverzeichnisse kosten das festgesetzte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 50 Pf., netto. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Generalstreik der französischen Eisenbahner.

### Für die Verstaatlichung.

Paris, 30. April. (Havas.)

Der leitende Ausschuss der Landes-Eisenbahnerbund Frankreichs am Sonnabend, den 1. Mai, in den Allgemeinen Ausstand tritt, um die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu erzwingen, dies fordere die gesamte Arbeiterbewegung. Der Ausschuss werde sorgen, daß die Versorgung des Landes gesichert bleibe.

### Maiforderungen in Frankreich.

Die französische sozialistische Partei fordert in einem Aufruf das französische Proletariat auf, durch einen allgemeinen Streik am 1. Mai den Willen zum Ausdruck zu bringen, den Forderungen des Proletariats zum Siege zu verhelfen. Diese Forderungen sind:

- 1. Völlige Amnestie. 2. Ausdehnung des Rechts zur Bildung von Vereinen auf alle Gewerke. 3. Frieden mit Sowjet-Rußland. 4. Allgemeine Währungsreform. 5. Sozialisierung der Produktionsmittel.

## Cloyd George über die Wiedergutmachung.

Keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten.

S. R. London, 30. April.

Im Unterhaus hat Cloyd George gestern eine Erklärung über San Remo abgegeben. Er sagte: Bevor die Konferenz zusammentrat, habe es gewisse Widerstände gegeben, die an sich nicht wichtig waren, aber erst gemacht wurden durch absichtliche Verheerungen gewisser unverantwortlicher Personen. Er sei glücklich, jetzt feststellen zu können, daß der Himmel sich wieder geläutert habe. So weit er sehe, sei jeder Mann zufrieden mit dem, was in San Remo erreicht worden ist. Da Deutschland sei mitgeteilt worden, daß in dem Augenblick, wo die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet auf die in der Note vom 8. August 1919 genehmigte Zahl herabgesetzt worden sei, die französischen Truppen sofort aus Frankfurt und Tarnobrunn zurückgezogen würden.

Die Konferenz habe weiter zum ersten Male deutsche Minister eingeladen, mit alliierten Ministern in einer offenen Konferenz zusammenzutreffen, um die verbleibenden Fragen zu behandeln. Es gab keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten in der Abrüstungsfrage. Wenn aber die Alliierten Deutschland befehlen, abzurufen, ergebe sich, daß anscheinend kein Mensch die Macht in Deutschland habe, den

Befehl durchzusetzen, und das sei eine der größten Schwierigkeiten, mit der die Konferenz zu tun habe. Die deutschen Geschütze und Luftfahrzeuge müßten abgeliefert werden. Dies sei eine wesentliche Forderung, auf der die Entente bestehen müsse, da sie nicht gestatten könne, daß diese Kriegswaffen irgendwo in Deutschland herumliegen.

Bezüglich der Wiedergutmachung verlange die Entente zu wissen, welche Vorschläge Deutschland zu machen bereit sei, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Entente wisse sehr wohl, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen nicht zahlen könne, aber sie möchte gern wissen, was Deutschland selbst als Beitrag seiner Verpflichtungen anerkenne. Wenn jetzt die deutschen Minister nach Spaas kommen mit gewissen endgültigen Vorschlägen bezüglich der Summe, die Deutschland zahlen kann, und die Methode angeben, wie diese Zahlung durchgeführt werden soll, oder wenn sie irgendetwas anderes Vorschlag zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen machen, werde, alles glatt gehen.

Cloyd George behandelte weiter die Frage der Mandate über Mesopotamien, Syrien und Palästina und teilte schließlich mit, welche Schritte die Entente bezüglich Armeniens bei Wilson unternommen habe. Er gab weiter den Beschluß zur Wiederhernahme der Beziehungen mit Rußland bekannt und sagte am Schluß seiner Rede: Die Klaffende Wunde Europas beginnt jetzt zu heilen. Die Konferenz in San Remo war ein Wahrzeichen auf dem Wege der Wiederherstellung.

Amsterdam, 30. April.

Laut „Telegraaf“ sagte Cloyd George über die Ruhrfrage nach folgendem: Ueber die Frage der Wiedergutmachung, Entwaffnung usw. bestand zwischen den Alliierten keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur über folgendes:

In einem Teile Deutschlands waren Aufrührungen ausgebrochen, die nicht allein für Deutschland, sondern auch für alle Welt eine Bedrohung darstellten. Die Kommunisten waren Herren auch in den großen Industriegebieten an der Ruhr gewesen. Gäßen sie dort ihre Macht befehligen, dann würde diese Gefahr vielleicht auch anderwärts übergriffen haben. Die Frage war deshalb, was sie unterdrücken sollte. Die Franzosen waren der Meinung, daß dies durch alliierte Truppen geschehen müsse. Alle anderen Alliierten hielten dafür, daß es den Deutschen überlassen bleiben müsse, die Ordnung in ihrem eigenen Lande herzustellen. (Wohngesand: Arbeiterpartei: „Den deutschen Junkern!“)

Nach einer Redeweise des W. L. B. erklärte Cloyd George zur russischen Frage, der Oberste Rat habe den Beschluß auf Anknüpfung von Handelsbeziehungen und Gewährung aller möglichen Erleichterungen bekräftigt. Die russische Mandatsdelegation werde in England zugelassen werden mit Ausnahme von Litwinowski, der seiner Zeit seine Vorrechte als Vertreter der Rotregierung mißbraucht habe.

## Sozialistischer Wahlsieg in der Tschecho-Slowakei.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Das Volk hat gesprochen. Wer die ungeheuren Anstrengungen der bürgerlichen Parteien in den letzten Tagen vor der Wahl in die Nationalversammlung gesehen hat, wer diese Schmutzwelle von Plakaten, Flugblättern und Wahlzetteln miterlebte, in denen sich bergehoch die Demagogie häufte, wer die Appelle an die niedrigsten Volksinstinkte verfolgte, mit welchen die kapitalistischen Parteien aller Schattierungen und Nationen um die Stimmen des Volkes buhlten, den mußte doch ein leiser Zweifel beschleichen vor der Frage, ob die breiten Massen diesen Lockungen würden widerstehen können. Nationalismus und Merkantilismus, sie sind immer die Urfeinde des geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts so reichen Volkes gewesen, und sie vermochten es immer wieder, sich eine breite Gefolgschaft zu sichern. Mit demagogischen Schlogworten ihr wahres Ziel, die Verstaatlichung der proletarischen Schichten, verdeckend.

Die Wahlordnung hatte eine äußerst günstige Wirkung: infolge der gebundenen Listen, wo die Kandidaten in der aufgestellten Reihenfolge als gewählt betrachtet werden, verlor der Wahlkampf völlig den Charakter eines Duells zwischen zwei Persönlichkeiten. Entscheidend war das Programm. Und so haben sich denn gar bald aus der Flut von Parteien (es waren ihrer nahezu zwei Dutzend) immerhin trotz aller nationalen Unterschiede zwei mächtige Lager herauskristallisiert. Die Kapitalisten u. s. w., die Sozialisten u. s. w., die Aufbau des Staates auf der Gewalt und Unterdrückung der nichttschechischen Nationen, die friedliche Zusammenarbeit aller in einem wahrhaft demokratischen Staate, das waren die Slogungen, unter denen gestritten und heiß gestritten wurde. Dieses Gefühl der wirtschaftlichen Zugehörigkeit vermochte sogar auf kapitalistischer Seite die sonst abgrundtiefe Kluft zwischen Tschechen und Deutschen zu überbrücken, und mimte man vor dem Publikum gegenseitig auch den starken Mann, so verstanden sich die Herrschaften hinter den Kulissen um so besser. Die 25 bis 30 Millionen Kronen, die beispielsweise nur die sogenannte Nationaldemokratische Partei, das Ksp der Großkapitalisten, für die Wahlkandidatur auswarf, stammten so auf von den tschechischen wie von den deutschen Industriellen.

Abholst aller Heilame, kämpften die sozialdemokratischen Parteien (tschechische, slowakische, deutsche und magyarische) den harten Kampf um den Sozialismus. Mit reinem Schilde traten sie vor das Volk, auf ihrem Banner das Bekenntnis zur Schaffung der sozialistischen Republik. Und das Volk sprach. Millionenfach tönte die Antwort den Verteidigern der alten Gesellschaft entgegen, ein millionenfacher Schrei nach Befreiung aus den bisherigen Kesseln wirtschaftlicher und kultureller Not.

Anfolge des gesetzlichen Wahlgesetzes war die Stimmbeteiligung eine sehr große. 6040288 Wähler und Wählerinnen gingen an die Urnen. 222688 von ihnen entschieden sich für die neue Zeit, für den Sozialismus. Ueber zweieinviertel Millionen sozialdemokratischer Stimmen, mehr als 88 v. H. der Gesamtzahl der Wähler, das ist ein Ergebnis, das auch die kühnsten Optimisten nicht erwarteten. Denn es genügt nicht nur, die Zahlen allein zu werten. Man muß in Betracht ziehen, daß diesmal auch die Slowakei mitstimmt, ein Gebiet, das bisher aller Willkür der magyarischen Magnaten ausgeliefert war, bedingungslos tat, was der Waffe und der Grob ihm vorgeschrieben. Um so erfreulicher ist das jetzt bekannt gewordene Wahlergebnis, das so recht die ungeheure Aufklärungsbewegung kennzeichnet, die von der Sozialdemokratie in den wenigen Monaten seit der Schaffung der Republik in diesen rückständigen Gebieten geleistet wurde. Nicht weniger als 643584 sozialistische Stimmen stammten aus der Slowakei, während die Merkanten, die von hier eine Hauptstütze ihrer schwachen Positionen erwarteten mit einer gewaltigen Schlappe abziehen.

Zu dem Wahlsieg der sozialdemokratischen Parteien, namentlich der tschechischen, hat das Militär ungemein beigetragen. Der Zentralrat der Legionäre hatte in einem Wahlaufruf allen Legionären, die einen großen Teil der gesamten Militärmacht darstellten, empfohlen, sozialistisch zu wählen, mit der richtigen Argumentation, daß die Legionäre nicht nur für einen selbständigen, sondern auch für einen freien und sozialistischen Staat gekämpft hätten. Nahezu die gesamte Mannkraft wählte sozialdemokratisch, was an verschiedenen Orten die bürgerlich angehauchten Offiziere sehr verärgerte, namentlich als am Sonntag Abend nach Bekanntwerden der Resultate an ver-

## Heraus aus den Betrieben!

Arbeiter!

Angeestellte!

Beamte!

Demonstriert am 1. Mai für den revolutionären Sozialismus.

Auf zu den Massenkundgebungen der U. S. P. D.

### Spiegel an der Arbeit!

Die „Rote Fahne“ warnt vor einer gewissen Schröder-Rakete, die sich teils in Männer, teils in Weiberleibern in Mitteldeutschland herumtreibt, in Verbindung mit der „Deutschen Zeitung“ steht, und besonders gefährlich ist, weil sie mit Plänen über dynamische Geschäfte hausieren geht und Genossen zu provozieren sucht. Sie teilt jetzt unter dem Namen „Koffmann“ oder „Lu“.

Wir haben Veranlassung, unsere Genossen auch in Berlin zur größten Vorsicht zu mahnen. Auch hier sind Spiegel am Werk, die den Aufruf haben, den 1. Mai zu besetzen, um Unruhen oder Zusammenstöße mit Reichs- oder Sicherheitswehr zu provozieren. Wir sind überzeugt davon, daß unsere Genossen dem mit aller Entschiedenheit zu begegnen wissen und dafür sorgen werden, daß der 1. Mai in vollster Ruhe und Ordnung verläuft.

Die öffentlichen Versammlungen finden am Sonnabend, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, auf folgenden Plätzen statt:

- Treptower Park, Lembehöfer Feld, Friedrichshain, Humboldthain, Pichtenberg, Platz an der Parkaue, Banlow, Marktplatz, Breite Straße, Niederschönhausen, Friedensplatz, Westliche Vororte, mittags 12 Uhr, Bittenbergplatz.

Die Sänger und Referenten werden gebeten, frühzeitig anwesend zu sein.

Die Arbeiter-Moderator und Segler halten ihre Moderationsversammlung vormittags 11 Uhr im Birkenwäldchen, gegenüber Kuhstall und Carolinenhof, ab, bei unglücklichem Wetter im Hof Marienlust.



chiedenen Orten die Soldaten voll Begeisterung an den sozialdemokratischen Wahlfeiern teilnahmen.

Ein Stimmenvergleich ist an Hand der letzten Gemeindevahlen im Juli 1919 nur für das Gebiet von Böhmen, Mähren und Schlesien möglich. Es erhielt demnach die tschechische Sozialdemokratie damals 922 782 Stimmen oder 29,8 v. H. der Gesamtzahl, heute aber 1 067 959 oder 33,4 v. H. aller tschechischen Stimmen. Auf deutscher Seite betragen die entsprechenden Zahlen 623 166 (43,82 v. H.) und 688 261 (43,6 v. H.). Beide Parteien haben also einen beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während alle übrigen entweder mit knapper Not ihre Positionen behaupteten oder aber eine sehr fühlbare Stimmeneinbuße erlitten haben. Dies trifft vorab zu für die Nationaldemokraten, die mit Ausnahme des Prager Wahlkreises, wo ihr Halbgoth, Dr. Kramarisch, als Listenfürher aufmarschierte, eine vernichtende Schlappe erlitten. Auch eine andere Partei hat sehr gelitten: die der tschechischen Nationalsozialisten. Sie ist ein Konglomerat aller möglichen Interessen, verfolgt angeblich die gleichen Ziele wie die Sozialdemokratie, will aber bei allen sozialistischen Bestrebungen das nationale Mäntelchen wahren. Sie vereinigte bisher auch den kleinen Mittelstand unter ihren Fahnen, nun sind die Gewerbetreibenden aber abgeprengt und haben eine eigene Partei gebildet, so daß es die Nationalsozialisten nicht über 385 860 Stimmen hinausbrachten. Man rechnet sie gemeinlich zum sozialistischen Block, so daß unter ihrer Hinzurechnung insgesamt den 2 966 503 bürgerlichen 2 878 548 sozialistische Stimmen gegenüberstehen würden. Diese Rechnung ist freilich etwas optimistisch, da die Nationalisten doch wohl zu unsicheren Kantonten sind. Es ist nur zu hoffen, daß der einsehende Abbröckelungsprozess weiter-schreiten und namentlich auf Arbeiterseite die Erkenntnis Platz greift, daß nur die Sozialdemokratie imstande ist, einen wirksamen Schutz der Interessen der Arbeiterschaft zu erkämpfen.

Am ersten Ansturm haben die sozialistischen Parteien weitans die meisten Mandate erobert. Von den bei der ersten Stimmezählung besetzten 198 Mandaten entfallen 65 auf die tschechischen, 26 auf die deutschen Sozialdemokraten. Da die Wahlzahl für den einzelnen Abgeordneten zwischen 19 000 und 27 000 schwankt, sind überall große Stimmreste übrig geblieben. Einem tatsächlichen Proportionalprinzip folgend, werden für die zweite Stimmezählung die Reststimmen aller Parteien, die im ersten Ansturm wenigstens ein Mandat erreicht haben, zusammengezählt, die Gesamtzahl durch die restlichen Mandate geteilt und die so erreichte neue Wahlzahl als Grundlage für die neue Mandatzuteilung benützt. Von den 67 Restmandaten wurden zu 63 bezieht, es erhalten die tschechischen Sozialdemokraten 5, die deutschen 8 Sitze, während 4 Mandate der dritten Stimmezählung, die auf Grund der neuen Reste wie die zweite vorgenommen wird, zur Verteilung vorbehalten bleiben. Insgesamt werden in der neuen Nationalversammlung die tschechoslowakischen Sozialdemokraten 80 Mandate erhalten (von insgesamt 300), die deutschen 32, die magyarischen 10, insgesamt 122. Dazu kämen dann als Solizitanten die tschechischen Nationalsozialisten mit 22 Mandaten. Den bürgerlichen Parteien sollen 137 Mandate zu, der Rest verteilt sich auf Karpathenrussland, Teschen und das Galtziner Gebiet, die noch nicht erwählt haben, ebenso nicht die librische Armee, die vier Vertreter entsendet.

Wie unter diesen Umständen die zukünftige Regierungs-bildung aussehen wird, ist äußerst schwer zu sagen. Nach der ganzen Konstellation zu schließen, wird es überhaupt unmöglich sein, eine dauernd tragfähige Regierungsmehrheit aufzubringen, da der Parteitag der Sozialdemokraten wohl eine Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik ablehnen wird, andererseits die Bürgerlichen, aber national gespalten sind, so daß vorläufig an eine Koalition hier nicht zu denken ist. Man spricht denn auch in parlamentarischen Kreisen von einer aufeinander abgestimmten Vereinbarung der Parteienregierung, worauf dann in etwa einem Jahr, wenn sich die Verhältnisse etwas geklärt haben, Neuwahlen auszusprechen wären. Die Senatswahlen dürften keine Verschiebungen in dem Stärkeverhältnis herbeiführen, da sie ja ebenfalls durch allgemeines und gleiches Wahlrecht erfolgen mit der einzigen Einschränkung, daß stat: mit 21 erst mit 26 Jahren gewählt werden darf.

So ist die politische Situation trotz des zweifellosen Sieges der sozialistischen Parteien durchaus nicht geklärt. Wird die parlamentarische Arbeit in der nächsten Zeit fortgesetzt werden können, so muß sie auf alle Fälle andere Wege einschlagen als in der alten Nationalversammlung. Ich sage: wenn sie fortgesetzt werden kann, denn die wirtschaftlichen Klassenverhältnisse liegen sich namentlich in der letzten Zeit in einem Maße zu, daß seitens der Arbeiterschaft sehr wenig Geduld vorhanden ist, die immer häufiger werdende Reaktion ruhig weiterarbeiten zu lassen. Und so drohten wir die Wahlen als ein erstes Warnungsschreiben. Verstehen es die Herrschenden, um so besser für sie!

### Politisches Bandentum.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte, wie wir seiner Zeit berichteten, in ihrer Montag-Morgenausgabe phantastische Mitteilungen über einen angeblichen neuen Kommunismus in Mitteldeutschland und über eine Geheimorganisation „Schwarze Hand“ der U. S. A. gebracht. Diese Mitteilungen zeigten durch ihre ganze Aufmachung, daß es der „Deutschen Zeitung“ nur um eine neue Aufpuffung der Öffentlichkeit zu tun war. Selbst der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, Weismann, sah sich genötigt, die Schwelbelnachrichten der „Deutschen Zeitung“ gebührend zu kennzeichnen.

Das hinderte indes das saubere Kopienblatt nicht, seine Giftmischereien fortzusetzen. In der vergangenen Nacht ist die Montagausgabe der „Deutschen Zeitung“ mit ihren lägenhaften Alarmnachrichten in einer Sonderausgabe von Hunderttausenden von Exemplaren neu gedruckt und zum größten Teil auf das flache Land hinausgeschickt worden. Dieses Unternehmen kennzeichnet sich als politisches Bandentum in niedrigster Art. Das Blatt der Volkstimme und Knüttel-Kunze (sich durch sein Vorgehen die Landbevölkerung gegen die städtische Arbeiterschaft aufzuheben. Es trägt bewußt; Unruhe und Erregung in das Volk hinein. Es scheint aber auch außerdem darauf bedacht zu sein, die von ihm angeführten „Kommunistischen Unruhen“ am 1. Mai in eigenartiger Weise vorzubereiten.

Arbeiter! Seid auf der Huth!

Vor einigen Tagen hatte die „Deutsche Tageszeitung“ im Zusammenhang mit einigen anderen inwischen als völlig unwahr erwiesenen Behauptungen von der in Berlin erscheinenden demokratischen russischen Zeitung „Golos Rossii“ erklärt, „ein Mitarbeiter der von Herrn Kopp subventionierten russischen

Zeitung „Golos Rossii“ habe am 16. April d. J. an einer kommunistischen Versammlung teilgenommen, in welcher der Umsturz mit Waffengewalt und die Diktatur des Proletariats gefordert wurde“.

In einer Berichtigung erklärt nun die „Golos Rossii“, daß sie von keiner Seite subventioniert werde und daß kein Mitarbeiter an der behaupteten Versammlung, noch überhaupt jemals an einer kommunistischen Versammlung teilgenommen habe.

Die „Golos Rossii“ hat wegen der frechen aus der Luft gegriffenen Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ die Verteilungslage angeknüpft.

### Ein unheilvoller Plan.

#### Vormarsch der Reichswehr ins bergische Land?

Der preussische Minister des Innern, Herr Severin, hat gestern in der Landesversammlung den Einmarsch der Reichswehr auch südlich der Ruhr angekündigt. Er behauptete, daß die Behörden die Verantwortung für die Ruhe und Ordnung übernehmen könnten. Herr Severin stützte sich dabei vor allem auf den Oberbürgermeister Cuno in Hagen. Wir wissen nicht, was Herr Cuno-Verantwortung hat, seine Stellungnahme so völsch zu ändern. Er hat sich wochenlang ganz energisch gegen einen Vormarsch der Reichswehr südlich der Ruhr widersetzt und immer wieder betont, daß in den Städten des Bergischen Landes nur eine mühselige Ruhe herrsche. In diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß die Arbeiterschaft des Bergischen Landes vom ersten Tage des Rapp-Bundes an bis heute eine geradezu bewundernswürdige Disziplin an den Tag gelegt hat. Der Durchzug der Flüchtlinge nach dem besetzten Gebiet ist ohne jede Störung verlaufen, und gerade in Hagen ist es zu keinerlei Ausschreitungen gekommen. Wir können für den plötzlichen Wandel der Anschauung des Herrn Cuno keine andere Erklärung finden, als daß er durch die fortgesetzten Lügenmeldungen der Reichswehrspitze nervös geworden ist. Denn im strengen Gegensatz zu seiner jetzigen Auffassung stehen die Befundungen der Oberbürgermeister von Pirmen und Eibersfeld, die auch heute noch betonen, daß ein Vormarsch der Reichswehr ins Bergische Land durchaus nicht erforderlich sei. Auch die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Eibersfeld, daß alle Alarmrufe erloschen oder schamlos übertrieben seien. Die Städte südlich der Ruhr wünschen keine Reichswehr, höchstens eine Verstärkung der Polizeikräfte durch grüne Sicherheitswehr.

Die Reichswehr darf unter keinen Umständen in das Bergische Land einmarschieren. Wir stehen kurz vor der Reichstagswahl, die ganzen Vorarbeiten dazu würden auf das empfindlichste geföhrt. Aber das wünschen die politischen Hintermänner der Reichswehr gerade. Es kann nach allen bisherigen Erfahrungen behauptet werden, daß sie Provokateure in das Bergische Land geschickt hat, damit ein Vorwand für den Vormarsch geschaffen wird.

Die Landtagswahlen in Thüringen. Der Volkstrot für Thüringen setzte den Wahltermin für den ersten Landtag des Staates Thüringen auf den 20. Juni fest.

Ein russischer Protest. Die russische Mission in W erhielt den Auftrag, gegen die Besetzung der Schwarzmeer-Gebiete durch alliierte Kriegsschiffe und gegen die Erklärung des französischen Admirals, keinerlei Verkehr zwischen den russischen und den Entenmächten zuzulassen, Protest einzulegen.

Die Verwendung farbiger Besatzungstruppen. In Westminster in England fand eine Protestversammlung gegen die Verwendung farbiger Truppen durch Frankreich im Besatzungsgebiet von Frankfurt statt.

### Mai-Aufbruch!

Horch, Brüder horch!  
Es läuten die Glocken!  
Der Freiheit liebet  
die Freiheit den Strang.  
Derbei denn, Brüder!  
Wohlauf, auch Schwestern!  
Dereint steht zum Kampf!

Etzet! Ihr Brüder!  
Auf daß wir erleben  
den leuchtenden Tag!  
Und nicht mehr bekümmert  
die Knie des Morgen  
und wünsch den Scheiter  
der bergenden Nacht,  
daß nimmer so klar  
sich spiegle im Licht  
das Glend und Grom.

Gerheit denn ihr Brüder!  
Noch läuten die Glocken  
jubelnd die Freiheit.  
So eilt! eh sie lauten  
dem göttlichen Voten  
zu Tode gedehnt  
den Grabgeiang.

\* Eine Arbeiterin und Parteigenossin sandte uns diese Verse, die wir als Maius veröffentlichten.

### Der Ukrainische Nationalchor.

„Das Lied bedeutet für die Ukraine alles: sein Leben, seine Geschichte und seine heimliche Grabstätte“ (H. Gogol).

Mit diesem Anspruch ziehen Sänger aus dem ukrainischen Bruderland schon über ein Jahr durch die europäischen Kulturstädte, um den Reichskaisertum über unwürdigen Primatweifen über die Erde zu beuten. Und Werall öffnen sich ihnen Seele und Gemüt mit voller Begeisterung. Was sie bringen, ist etwas ganz Eigenständiges, ist die Offenbarung eines Zukunftsgefühls, ist sprühende Inspiration eines neuen, naturkräftigen Musikcharakters. Schwermütige Interaktionen und -surpen aus raffinem Gefühl geformten, kontrapunktliche Melodiegeflechte, von selbst inspiriert und von unvorordener Blauinwendigkeit. Musik, die aus den Adern quillt, die wie ein Blühen in hochen der Schlichtheit und Gesundheit den Akzent, und das Leben produziert unterer Eigenen. Kulturkapillare ins hohe Gefühlslicht. Weltliche und religiöse Lieder sang in der Berliner Singakademie der Ukrainische Nationalchor mit einem offenen, hellen Ruf, wie es unsere übergeklärte Welt kaum noch aufzunehmen vermag — unmitelbar entstehend und in einen wilden Mann mitleidend. Man denkt an

die tollstößigen Rigeunerchöre mit ihren Vorsängern und Vorkängerinnen, Eingelobten träumen dahin, verschlingen sich mit einer zweiten Stimme zu einem zauberischen Gesangs, hell und hochgespannt verlingen die langatmigen Soprane, eifrigst däumen sich die herrlich-erschwingten Völs und mit Applaus Wohlklang erfüllen die leuchtigen Tenore. Für Chorführer Alexander Koschch, dem Russe aus allen Musikeln und Fingerspielen zude, lodt mit organischer Bewegung rhythmisch und dynamisch das Denkbarke hervor, was aus einer solchen Gesamtheit unübertrifflicher Einzelheiten herauszumein ist. Die Arbeiterschaft sei nochmals hingewiesen auf das Konzert, das der Ukrainische Chor für sie am 1. Mai bei freiem Eintritt im Zentraltheater veranstaltet.

Freiz Windisch.

### Aufführiges Dorftheater.

Die russische Volkswaffe in den Dörfern interessiert sich am meisten für dramatische Vorstellungen; die Anziehungskraft des Theaters ist so groß, daß die Bauern gern mehrere Meile gehen, um in ein Theater zu gelangen und 10 Rubel für einen Platz zahlen. Sind die Dekorationen auch geschmacklos, die einheimischen Bühnenkünstler auch unerfahren, ist das Repertoire auch arm, sind die Vörsie und Verrücken auch aus Orbe — alle Mängel der Aufführung werden durch das aufrichtige Entzücken der Zuschauer aufgehoben. Unter den Teilnehmern gibt es wirkliche Talente, die ohne jede Schulung, nur der Einwirkung lebender, ihrer Rollen lebhaft und ganz individuell spielen. Auch Dekorationsmaler finden sich, die ihre Kunstfertigkeit aus schließlich natürlicher Veranlagung verdanken. Im Dörchen Krausche (Kreis Nischni-Nowgorod), das nur 60 Hölle hat, gibt es ein Volkstheater mit einer guten Bühne, wo an Feiertagen Vorstellungen stattfinden. Alle Dekorationen werden von einem örtlichen Bauern Abramyschew gemalt, der sich durch Selbstunterricht zum Künstler ausgebildet hat. Um ihn gruppieren sich alle Liebhaber der dramatischen Kunst.

Interessant ist es, wie sich die Bauern diesem neuen Einfall gegenüber verhalten. Als die Amittatoren die Gemeindeversammlung um Geld für ein Volkstheater baten, wollten die Greise sie leicht abfertigen, indem sie sagten: „Wird es gar nicht! Das ist ja nur Spielerei!“ Nach den ersten Vorstellungen jedoch erwiderten Delegierte der Gemeinde: „Nehmt sofort Verthe, als ihr zum Hofsaßen braucht. Wir setzen, daß ihr uns Nutzen bringen werdet!“

Die dramatischen Zirkel wachsen in den Dörfern wie die Pilze nach dem Regen. So wird z. B. aus dem Waldhäuser Kreise (Gouv. Wiatka) mitgeteilt, daß dort überaus fröhliche Zirkel begehren und es keine Gemeinde gibt, in der nicht Theatervorstellungen veranstaltet werden.

Das Theater ist die Kulturstätte, um die sich die anderen Bildungsorganisationen gruppieren: Klub für Erziehung, musikalische Zirkel, Bibliotheken, Lesesälen, Kinos ufo.

Die Anziehungskraft der Theatervorstellungen veranlaßt den knaustropen russischen Bauern, der nicht gewöhnt ist, für Kulturwerke Geld auszugeben, den Versuch anzustellen: wozu braucht der Kunstbater eine Bibliothek? Aber im Ostwischen Landkreise hat die kommunistische Gruppe eine Reihe von Vorstellungen veranstaltet und mit dem Erlös derselben eine Bibliothek eingerichtet.

Das Repertoire der Dorftheater ist nicht groß; es ist aber interessant, daß es hauptsächlich aus russischen Werken besteht. Einer besonderen Liebe erfreut sich Anton Tschechow, dessen kleine Erzählungen, wie „Der Nebelstäter“, „Chirurgie“ u. a. gerne inszeniert werden. Außerdem werden Theaterstücke von Ostrowski: „Armut ist keine Schande“, von Gogol: „Die Heirat“, auch von Leo Tolstoi u. a. aufgeführt.

In letzter Zeit vereinigen sich die Liebhaberzirkel zu Bezirksorganisationen, die ihre Kunstkräfte gleichmäßig verteilen, die Kostüme und Dekorationen verbessern und Theaterbibliotheken organisieren. Da sie im vollen Einverständnis mit den Kreisabteilungen des Kommissariats für Volkserziehung handeln, genießen sie rechtliche Vorteile. Im Amstiner Kreise haben die einzelnen Zirkel nach ihrer Vereinigung die beiden dramatischen Kräfte unterwöhlt und eine musterhafte Gruppe gebildet, die im ganzen Kreise Vorstellungen gibt.

Diesen Wandergruppen kommen die Organisationen der Eisenbahner zu Hilfe. In Now ist eine nach dem Reichsgouverneur Sedowitsch benannte Bühne in einem Eisenbahnwagen untergebracht und wird zu Vorstellungen längs der Eisenbahnlinie benützt. Dieser Theaterwagen ist mit zwei anderen verbunden: in dem einen befinden sich die Dekorationen und Kostüme, in dem anderen die Artisten. Das Komitee für Volkserziehung der Moskauer-Kursk-Eisenbahnlinie hat ein dramatisches Studio (Künstlerwerkstätte) eröffnet. Dasselbe Komitee hat im Jahre 1918 25 Theater längs der Eisenbahnlinien organisiert, die mit Bühnen aus der genralen Theaterbibliothek und mit kinematographischen Filmen versehen werden.

In der Volkstheater fällt am 1. Mai die Vorstellung an. Die Mitglieder erhalten Nachrich, wann für sie die Vorstellung nachgeholt wird. Hebbels „Hörs und sein Ring“ wird an diesem und nächsten Sonntag nachmittag gespielt, ferner am Mittwoch nachmittag 3 Uhr als Sondervorstellung des Moskauer Theaters, wozu auch Karten an der Theaterkasse zu haben sind. Abends an beiden Sonntagen, Freitag und Samstag „Liebestraße“. Am Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und beiden Sonntagen wird das „Gedhen von Heilbrunn“ gegeben.

Im Neuen Volkstheater in der Spandauer Straße geben an allen Abenden nächster Woche „Die Gräber Karajow“ in Szene.

In der Tribüne werden die „Kronika“-Vorstellungen an Dienstag abend durch eine Aufführung von Jofius „Der Jung und Mensch“ unterbrochen.

Die Ausübliche hat ihre Aufführungsbühne im Theater Landbeschauna am Zoo auf Montag, den 3. Mai bracht.



# Welgerung der Berliner Einwohnerwehr zur Waffenabgabe.

Wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, hat die Auflösung der Einwohnerwehren zu starken Konflikten innerhalb der einzelnen Ortgruppen und Verbände geführt. In Berlin und Vororten haben sich viele bisherige Einwohnerwehrmitglieder losgelöst und haben auf neuer Grundlage Vereinigungen, die vorherhand noch in losem Zusammenhang stehen, geschlossen. Diese neuen Vereinigungen stehen auf dem Standpunkt, daß sie die Waffen erst dann herausgeben, wenn es der Regierung gelungen ist, auch die radikalen Arbeiter zur Ablieferung der Waffen zu veranlassen. Die neuen Verbände haben sich politisch organisiert und werden bei den Wahlen bereits in Berlin in Erscheinung treten.

Dem Auftreten dieser Gesellschaft bei den Wahlen kann die Arbeiterklasse mit völliger Ruhe entgegensehen. Ihre Entwaffnung muß aber sofort durchgeführt werden, weil nur dadurch die dauernde Gefahr für die Sicherheit und Ordnung zu beseitigen ist. Wenn die Behörden sich nicht zu energischen Maßnahmen gegen diese Verbände entschließen, dann wird der Arbeiterklasse nichts anderes übrig bleiben, als die Entwaffnung selber durchzuführen. Sie kann nicht ruhig zusehen, daß ihre schlimmsten Gegner im Besitz der Waffen bleiben und dadurch einen neuen Aufschub durchzuführen können.

## Das Schandurteil gegen den Genossen Lachaise.

Seit erst haben wir Gelegenheit, die Grundlagen des niederträchtigen Urteils kennen zu lernen, welches das außerordentliche Kriegsgericht in Offen gegen den verantwortlichen Leiter des „Rote Echo“, Genossen Lachaise, fällt. Genosse Lachaise sollte nach dem Urteil zum Ungehörigen gegen die Behörden aufgefordert haben und wurde deshalb zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es wurde ihm zur Last gelegt, in zwei Notizen die Arbeiter aufgefordert zu haben, die Waffen nicht abzugeben. Die beiden Artikel liegen uns nun vor und daraus ist zu ersehen, daß darin mit keinem Worte zur Verweigerung der Waffenabgabe aufgeführt wird. Der eine Artikel „Madame Clemente“ wendet sich gegen die lächerlichsten Verleumdungen des W. L. W., die sogar von verschleierten Beschützen zu erzählen wußten, und gibt dann an, daß nicht alle Waffen abgegeben, daß viele versteckt werden. Ohne diese Tatsache auch nur zu erwähnen, geschweige denn dazu aufzufordern, wird sie dann einfach erklärt, erkens durch die Anwesenheit erwiesener reaktionärer Gruppen, und zweitens durch die Furcht der Arbeiter, daß nach ihrer völligen Entwaffnung ein noch schlimmerer Terror gegen sie einsetzen würde. Die Notiz schließt mit der Feststellung, daß die Arbeiter sich auch durch die Androhung der schlimmsten Strafen von diesem Standpunkt nicht abbringen lassen werden. Die zweite Notiz „Zur Waffenabgabe“ konstatiert einfach, daß unter den Arbeitern die Meinung zur Waffenabgabe nicht groß ist, weil sie eine neue reaktionäre Erhebung fürchten, und weil, was besonders hervorgehoben wird, die Zulage der Ernährung von Lebewesen nicht eingehalten wird.

Das ist alles, und daraus haben die Richter die Aufforderung zum Ungehörigen herauskonstruiert, und das haben sie mit einem Jahre Gefängnis bestraft. Höher kann die Richtertracht nicht mehr sein. Angesichts des Verurteilten an der vorübergehenden Arbeiterklasse ist das wohl die mildeste Form der Kritik. Die Artikel zeigten in Wahrheit den Willkür, auf welchem Wege die von ihnen erstellte Waffenabgabe zu erleichtern wäre, stellt einfach die Stimmung unter den Arbeitern fest, und das soll ein so furchtbares Verbrechen sein.

Die wahren Ursachen liegen freilich wo anders. Genosse Lachaise hat einen unerhört energischen und mutigen Kampf geführt, um die blutigen Orwellschen einer entmenschten Soldateska aus Sicht zu bringen und für immer festzuhalten. Dafür wurde ihm von der Reute das Schlimmste angedroht, und „Richter“, allerdings Kriegsrichter, gehen sich nun freudig dazu her, den Soldaten das Gefühl befriedigter Macht zu verschaffen und gleichzeitig Abwehrung zu erzielen. Über der Erfolg kann nur das Gegenteil sein, gesteigerte Revolutionisierung der Massen.

## Die „Kollage“ der Unternehmer.

Die geschlossene Front der Unternehmer wendet sich überall mit äußerster Energie gegen die notwendigen Forderungen der Arbeiter, und Angestellten und versucht durch eine gefängliche Presse dem Volke einzureden, daß das Uebel durch eine Preis-erhöhung seinen hauptsächlichsten Grund in den fortgeschrittenen Lohnforderungen der Arbeitnehmer hätte. Hier einige Zahlen, die etwas näher andeuten beweisen.

Die Nationalbank für Deutschland veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für 1910. Die Dividende von 7 Proz. die hat 5 Proz. für 1910 ausgeschüttet wird, gibt ein richtiges Bild der tatsächlichen Ergebnisse. Um dieses zu erhalten, muß man einige Zahlen aus der Bilanz betrachten: Während 1910 die Zahl der Vorstände, die damals 518.000 M. betrug, vom Reichertum vertrieben wurde, ist sie diesmal wohlweislich auf sich in den „Verwaltungsstellen“ verwehrt. Dadurch wird zunächst die Höhe des Vertrages undurchsichtig, vor allem aber erreicht, daß die Verwaltungsstellen beträchtlich höher erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind, d. h., daß man den Eindruck erwecken kann, als ob die Steigerung der Gehälter usw. mit der Erhöhung der Einnahmen wenigstens einigermaßen Schritt gehalten hätte. Tatsächlich sind die Gewinne viel schneller gewachsen als die Unkosten. Der Reinertrag ist von 7.025.007 auf 13.742.070 gestiegen, wobei zu berücksichtigen ist, daß außerdem in der Bewertung der einzelnen Posten der Bilanz bedeutende Hilfe Merkuren enthalten sind.

Die Aunkdruck- und Verlagsanstalt Wessel u. Wauermann, Leipzig, Meudnik und Reich, zählt die- mal 17 Proz. Dividende. Der Gewinnanteil der Aktionäre ist aber viel höher, denn ihnen wird bei der gleichzeitigen beschlossenen Kapitalerhöhung auf je eine alte Aktie eine neue zum Kurse von 120 Proz. angeboten, während der Kapazitäts- um ein Vielfaches höher ist. Die Ausgabe von billigen neuen Aktien ist überhaupt ein beliebtes Mittel, Extragewinne auszuscheiden, ohne daß man die Öffentlichkeit mit hohen Dividenden- zahlen in Erregung bringt.

Die Wandbecker Lebergesellschaft in Wand- bed zählt 80 Proz. Dividende,erner 200 M. pro Aktie als außerordentliche Vergütung. Das sind weitere 25 Proz. Zu dieser „kleinen“ Gewinnsumme für jeden Aktionär auf eine alte zwei neue Aktien zum Kurse von 135 Proz.!! Außerdem sollen wir folgende Abzinsung verzeichnen: Garzer Werke zu Mühlhausen und Borge 1910 20 Proz. Dividende, 1911 12 1/2 Proz., Deutsche Eiswalzwerke A. G., 1910 25 Proz. Dividende, 1911 20 Proz.!!

Härtner Holzgerätemanufaktur Leipzig 1910 24 Proz. Dividende und 12 Proz. Bonus, 1911 19 Proz. und 8 Proz. Bayerische Cellulosewarenfabrik vorm. Albert Walter A. G., Nürnberg, 1910 20 Proz. Dividende, 1911 10 Proz., Kober- und Gummiwerke Alfred Salomon A. G., Hamburg, 1910 20 Proz. Dividende und auf je eine alte eine neue Aktie zum Kurse von 100!!! Die Aktiengesellschaft für chemische Produkte vorm. O. Schelbmann, Berlin, weist per 30. September 1910 bei einem Aktienkapital von 11.000.000 M. einen Gewinnüberschuß von 8.508.307,00 Mark aus. Dabei sind die einzelnen Rückstellungen und Abschreibungen, soweit man aus den rohen Bilanzsiffern ersehen kann, sehr reichlich bemessen.

Die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken machen einen Dividendenvorschlag von 30 Prozent wie im Vorjahre. Das sind nicht nur Beweise für die glänzende Kon- junktur, die gegenwärtig die meisten industriellen Unter- nehmungen erleben, sondern auch Beweise für die Notwendig- keit der Sozialisierung, die den kapitalistischen Aus- beutern die Möglichkeit nimmt, sich auf Kosten der Massen tiefe arbeitslose Gewinne zu verschaffen.

## Mitglieder der U. S. P. als Förderer der A. U. P. D.

Aus einer Versammlung der U. S. P., die am Montag in der Buchdruckerei stattfand, berichtet die „Rote Fahne“ folgendes kleine Intermezzo:

„Interessant ist noch der Umstand, daß das Mitglied der U. S. P. und während des Krieges Anhänger des verschärften U. S. P. Krieges, Jukigat Dr. Broß für die A. U. P. den Antrag stellte, das Korrektur Otto Mühl zu übertragen.“

Broß ist noch Mitglied der Unabhängigen Partei, weil kein Mangel an Anstandempfinden und keine geringe politische Einsicht ihn immer noch hoffen läßt, durch sein Wirken die Spaltung der Unabhängigen Partei bewirken zu können. Es dürfte nach diesem Auftreten wohl an der Zeit sein, daß die Organisationsleitung diesem Treiben endlich ein Ende bereiten, denn nach dem Beschluß des Parteitag der U. S. P. dürfen Mitglieder der Unabhängigen Partei nicht gleichzeitig Mitglied einer anderen politischen Partei sein.

## Die Stimmzettel zur Reichstagswahl.

Nach dem neuen Reichswahlgesetz ist es nicht mehr notwendig, daß auf den Stimmzetteln die Namen der ganzen Liste enthalten sind, sondern es genügt der erste Name einer jeden Liste, ja es soll die allgemeine Parteibezzeichnung auf dem Stimmzettel genügen, vorausgesetzt natürlich, daß sie deutlich erkennbar ist. Weggefallen ist die bisherige Vorschrift, daß die Stimmzettel aus geglättetem weißen Papier bestehen müssen. So ist es möglich, bei den kommenden Wahlen Stimmzettel aus Zeitungspapier zu verwenden und damit die Wahl- listen nicht unvollständig zu veröffentlichen.

## Bankbeamtenstreik in Westdeutschland.

Von Köln aus hat sich der Bankbeamtenstreik über Düsseldorf auf Trier, München, Gladbach, Koblenz, Sar- lingen, Oßling, Wald, Opladen ausgedehnt. Sar- lingen, Elberfeld, Hagen, Aachen, Bonn und Mem- scheld wollen sich, wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mitteilt, am 1. Mai dem Ausstand anschließen. Preßler, Duisburg, Essen, Dortmund und Siegen stehen ebenfalls bei Fuß. Seit Dienstag, 27. April, ist es in Köln zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikposten gekommen. Die Schußwunden haben dabei blutige Spuren und auf die Streikenden eingeschauen. Ver- rittene wurden in die Schor der Streikenden hineingeritten. Der Allgemeine Verband der Bankbeamten hat sich infolge dieser Vorkommnisse sofort mit dem augenblicklich in Berlin weilenden Kölner Polizeipräsidenten Klunge in Verbindung gesetzt und Zurückziehung der Polizei verlangt. Die Forderung der streikenden Bankbeamten soll hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß Bankdirektoren in den Vorlesern der Bankgebäude prästige- rende Reden gehalten haben. Der Bankbeamte, die den Versuch gemacht hatten, die Streikbrecher bei der Kommerzbank auf gültigen Wege zum Verlassen der Arbeitstelle zu bewegen, wur- den in Schußhaft genommen, wobei einer der Postbe- nennungen gefesselt wurde. Dem energischen Eintreten des All- gemeinen Bankbeamtenverbandes gelang es, die Verhafteten nach Ständiger Haft aus ihrer Lage zu befreien. Wie mitgeteilt wird, sollen die Arbeitervereinigungen gewillt sein, bei Fortdauern dieser Zustände einzugreifen.

## Der vorläufige Reichswirtschaftsrat zustande gekommen.

Gegenüber strengem Vertagungsantrag im Reichsrat zur Ver- ordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat hat Reichs- wirtschaftsminister Schäfers mit weiterer Verzögerung abgesehen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat würde sonst erst nach Wiederzusammentreten der Nationalversammlung nach dem 19. Mai zustande kommen. Im Volkswirtschaftsrat Ausschuss der Nationalversammlung habe dort von der Rechten bis zur äußersten Linken eine horre Ueberrinnung geherrscht, an den über die Vertretung der Industrie getroffenen Vereinbarungen nichts mehr zu ändern. Der Reichsrat habe in weiterer zwölf Mitglieder zu ernennen. Auf Grund dieser Vorlegungen wurde die Ver- ordnung endgültig angenommen.

Auf die Bedeutung dieses Beschlusses werden wir noch zurückkommen.

## Erhöhung der Volkgebühren.

Der Reichsrat hat die Kronenlassenversicherung nach den Beschlüssen des Volkswirtschaftsausschusses der National- versammlung also mit Befreiung von 15.000 Mark Gehalt als oberer Grenze der Versicherungsprämie angenommen. Auch die Verordnung über Erhöhung der Renten aus der Unfallver- sicherung wurde nach den Beschlüssen des Volkswirtschafts- ausschusses angenommen.

Der Einspruch des Reichsrats gegen das Postgebühren- gesetz wurde durch die Beschlüsse der Nationalversammlung, die dem Reichsrat entgegen angenommen, für erledigt erklärt. Die Erhöhung der Postgebühren wird also am 6. Mai in Kraft treten.

Polnische Offensiv gegen Sowjetrußland. Nach dem polnischen Generalsekretär vom 27. April hat die polnische Armee unter Führung des Stabschefs an der polnischen und wohnlichen Front eine allgemeine Offensiv begonnen, die zur Eroberung von Krasna, Wisla, Luz und Chlonska führte.

# Gewerkschaftliches.

## Binnenschifferstreik und Lebensmittelversorgung.

Der Binnenschifferstreik, der die gesamte Schifffahrt der Elbe, Oder und der mächtigen Wollerschiffen umfaßt, greift schwer in das Wirtschaftsleben ein, zumal die Schifffahrt im hohen Maße zu Lebensmitteltransporten herangezogen wird. Es besteht die Gefahr, daß in Berlin liegende Kartoffeltransporte verunbrauchbar werden. Es liegen die ganzen Transporte auch unterwegs fest. Nun wird versucht, die Schuld auf die Streikenden zu wälzen, was diese mit Entschiedenheit ablehnen müssen. Die Schiffsmanschaften sind in ihrer über- tragenen Wehr im Verband der Binnenschiffer organisiert. Diese Organisation hat den Unternehmern bereits im Februar Verhandlungen angeboten und immer wieder versucht, die Disputen im Verhandlungswege zu regeln. Der Arbeitgeberverband lehnte jede Verhandlung ab und hat mit anderen Organisationen, die fast keine Mitglieder in der Binnenschifffahrt haben, einen Vertrag abgeschlossen, der einfach unannehmbar ist. Die Schiffs- manschaften haben auf der Fahrt eine Arbeitszeit von 14 Stunden, diese soll auf 10 Stunden verlängert werden, also die Nachruhe von 10 Stunden soll auf 8 Stunden verkürzt werden. Dann sollen die Schiffe am Lande verbleiben, trotz dieser langen Arbeitszeit auf den Stationen noch auf anderen Arbeit- zeugen und auf Land zu arbeiten, dies können die Schiffsman- schaften ab, weil sie sich sagen, in den Städten sind Arbeitslos- gen, die dies machen können. Dann hat man den Schiffs- manschaften eine Formelprüfung versprochen, sie erhalten drei freie Tage im Monat, die aber vom Arbeitgeber bestimmt werden, ein Korsett daran haben sie auch nicht einmal. Die Löhne differieren zwischen 105 und 215 Mark, je nach den Chancen, als Bootleute, Feiler, Steuerleute, Maschinenisten und Kapitäne. Dies fordern die Mannschaften eine Zulage von 30 Mark. Man muß bedenken, daß die Schiffer einen netternen Haushalt führen müssen und mit diesen Löhnen nicht auskommen können. Es haben mehrere bereits Verabredungen im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die aber kein Resultat gezeitigt haben, da die Arbeit- geber nicht nachgeben. Die Organisationsleitung hat erklärt, daß der Streik sofort beendet wird, wenn die Arbeitgeber die Forderung abgeben, daß der Vertrag, den der Verband der Bin- nenschiffer nicht anerkennen kann, im Sinne der Arbeiterinnen revidiert wird. Die Verhandlungen können dann später erfolgen. Ein erhöhter Entlohnungsanspruch ist kaum denkbar. Es ist be- dauert, daß das Reichsarbeitsministerium nicht den Einfluß besitzt, den Herrschendenpunkt der Arbeitgeber zu brechen.

Die Verantwortung für die schweren Verhältnisse, welche in Bezug auf die Lebensmittelversorgung eintreten können, fällt auf die Arbeitgeber.

## Wohltätigkeit der Kirche!

Die Berliner Stadtkirche bietet trotz eines vorher gehaltenen besten Vergleichs 20 Jahre älteren Anstaltens 700 M. pro Monat. Dieses wurde in einem Ultimatum an die Stadtkirche abgelehnt und erst für den 4. Mai der Streit beschloßen. Die Kirchensoldaten und die Gewerkschaften haben geschlossen das hinter. Der Vertreter der W. B. B. Konfliktlohn- Verle- broche dem Betriebsrat: „Wer den 1. Mai feiert, ist feillos ent- lassen.“ — Wie denkt Herr Generalsuperintendent D. Hand- licher?

Nieße, Wolkens. Dienstag, den 4. Mai, 8 Uhr nachm. 1 Versammlung aller im November 1910 bei der Firma beschäftigt gewesenen Kollegen im Arbeitslosenklub, Lindenstr. 89/95.

Sperre. Die Siedlungsarbeiten der Stadt Köpenick sind für Holzarbeiter gesperrt wegen Richtigstellung der vereinbarten Lohnsätze.

Verwaltungsstelle Berlin Deutscher Holzarbeiter-Verband: Neuregung der Lohnsätze für das gewerbliche Personal im chemischen und Mineralölhandel sowie in der Verbands-Ver- handlung. Nach gegenseitiger Verständigung mit dem Arbeit- geberverband des Großhandels und dem Verband der Verbands- mittelhersteller einverleibt und dem Deutschen Transportarbeiter- Verband, Verein Kohlen- und Chemische Branche, andererseits, betragen die Wochenlöhne: für männl. Jugendliche 85—120,50 M., für männl. Erwachsene 185—240 M., für weibl. Jugendliche 82—120,50 M., für weibl. Erwachsene 125—150 M. Diese Regelung hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1920. Was Näheres ist im Verbandsbureau, Engelfurt 14/15, Zimmer 33, zu er- fahren.

# Groß-Berlin.

## Die Bedeutung der sozialistischen Jugendbewegung.

Zu diesem Thema veranstaltet die sozialistische Proletarier- Jugend Bezirk Groß-Berlin heute abend 7 Uhr in der Stroh- halle eine Massenandengung. Es werden sprechen: Genosse Paul Wegmann über „Jugend und Politik“, Genosse Lie- chard Wegener über „Jugend und Kultur“, Genosse W. E. Herber über „Jugend und wirtschaftliche Interessenvertretung“. Alle jugendlichen Arbeiter Groß-Berlins und die Arbeiterkinder wer- den dazu eingeladen.

Der Schutz der Klasseninteressen der Jugendlichen, ihre Orientierung zu gleichwertigen Revolutionären ist eine der brennendsten Tagesfragen. Die Jugend muß der Spitze des kämpfenden Proletariats voranschreiten. Darum erscheint in Massen in der Stadthalle.

Am Sonntag, den 2. Mai, versammelt sich die sozialistische Proletarier-Jugend zur Wandemonstration in Sadana. Es ist selbstverständliche Pflicht aller Jugendgenossen, dort zu erschei- nen und ihre noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen mitzubringen. Treffpunkt mittags 1 Uhr Sadana-Bierdeckel.

Treffpunkt in den einzelnen Gruppen und Versammlungs- orten: Berliner Markt, Sandbühnen Platz, Gensler-Platz, Lützow-Platz vormittags 10 Uhr; Köpenicker Platz 7 und 8 Uhr vormittags; Minnabahnhof Kreuzberg vormittags 7 und 10 Uhr; Bahnhof Gesundbrunnen vormittags 10 Uhr.

Fahnen, Banner, Lieberbächer, Musikinstrumente mitzubringen!

## Rappffen gesucht.

Die Rappffen wagen sich wieder vor. Dem Rappffenland in Pommern haben sie sich eine Domäne geschaffen, in dem sie offen und herausfordernd ihre Geschäfte betreiben. Ihre Güter wer- den in den nächsten Tagen erscheinen!

# Das Reichswahlgesetz

## Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung

Bestellungen insbesondere von den Organisationen umgehend anstellen. Sie werden nach der Reihenfolge des Einzugs erledigt. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Abt. Buchhandlg., Berlin C. 2, Breite Straße 8. 9.



